



Neue Wege in der Entwicklungszusammenarbeit: Budgethilfe als effektiver Beitrag and die Millenniums-Entwicklungsziele?
Nouvelles voies pour la collaboration au développement :L'aide budgétaire – une contribution efficace aux Objectifs du Millénaire ?
New Paths for Development Cooperation: Budget Support as an Efficient Contribution to the Millennium Development Goals?

Risiken der Budgethilfe: Ein Erfahrungsbericht

Präsentation von Richard Gerster, Gerster Consulting, Switzerland¹

Es ist Freitagabend. Soeben haben Vertreter der Regierung von Mozambique den versammelten Gebern mitgeteilt, dass sie eine Streichung eines Abschnittes im ausgehandelten „Memorandum of Understanding“ zur allgemeinen Budgethilfe wünschen. Der Abschnitt sieht vor, dass im Falle von Meinungsverschiedenheiten die Geber sich zuerst untereinander besprechen, und erst dann – sofern möglich – mit einer gemeinsamen Position an die Regierung gelangen. Einige Geber stellen sich auf den Standpunkt, dass sie das sonst unterschriftsreife Dokument nicht ohne Rücksprache in der Hauptstadt ändern können. Die Büros sind jedoch bereits geschlossen, die feierliche Unterzeichnung des Memorandums ist für den Montagmorgen geplant, und deshalb stehe eine Änderung in letzter Minute ausser Diskussion. Am Samstagabend lädt die Weltbank zu einem gesellschaftlichen Anlass ein. Auch die Premierministerin von Mozambique nimmt teil und bekräftigt in den informellen Gesprächen, dass die Unterzeichnung am Montag ohne Streichung dieser Klausel nicht stattfinden wird. Am Sonntagnachmittag treffen sich alle Geber zu einer Krisensitzung. Nach einer Stunde wird der Premierministerin mitgeteilt, die Änderung sei akzeptiert. Am Montag, dem 5. April 2004, folgt die feierliche Unterzeichnung des Abkommens, das der künftigen Budgethilfe aller Geber einen gemeinsamen Rahmen gibt.

Kernaussagen

Die Akteure, welche in Nord und Süd sowie innerhalb des Partnerlandes an der Budgethilfe beteiligt sind, nehmen Risiken unterschiedlich wahr;

Budgethilfe basiert auf **Voraussetzungen** wie guter Regierungsführung und Armutsbekämpfung, deren Verletzung ein Risiko darstellt;

Das **Treuhänder-Risiko** - der Staat tätigt Ausgaben mit Geld der Steuerzahlenden - umfasst Korruption und Systemschwächen, ist nicht Besonderheit der Budgethilfe;

Meist beanspruchen mehrere Wege zum Ziel zu führen. Der Politik-Pluralismus hat **Politikrisiken** zur Folge, welche vom Partnerland getragen werden;

Der Auftritt potenter Geber droht lokale Kapazitäten und Finanzierungsquellen zu konkurrenzieren, wenn dieses **Verdrängungsrisiko** nicht offensiv angegangen wird;

¹ Die Ausführungen geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Budgethilfe bietet auch **Chancen**, über ein Paket von Finanzierung, Dialog, Leistungsvereinbarung und Ausbildung an den Ursachen der Risiken anzusetzen.

Verschiedene Perspektiven zwischen Nord und Süd ...

Diese Episode zeigt zweierlei. Erstens hat die Regierung Verhandlungsspielraum, wenn sie dezidiert auftritt. Zweitens sieht sie gravierende Risiken der Budgethilfe darin, sich mit einer geeinten Phalanx von Gebern auseinandersetzen zu müssen, statt einzeln mit den beteiligten Ländern und Institutionen verhandeln zu können. Eine „**Geberfront**“ erhöht für ein Land das Risiko, bei Meinungsverschiedenheiten plötzlich mit einem grossen Loch in der Finanzierung des Staatsbudgets dazustehen, sollten die Geber und ihre Zahlungen koordiniert einstellen. Im Gegensatz zur Regierung hatten die Geber dieses Risiko nur gering gewichtet.

Nicht nur gegenseitiges Hochschaukeln („ganging up“) der Geber ist ein Risiko. Untersuchungen des IWF haben eine dramatische **Unberechenbarkeit** der Entwicklungshilfe ganz allgemein, also nicht nur der Budgethilfe, aufgezeigt: Sie schwankt 6 – 40 mal stärker als Fiskaleinnahmen². Im Rahmen der Budgethilfe wird intensiv an deren Voraussagbarkeit gearbeitet und es sind auch Fortschritte erzielt worden³. Doch insbesondere politische Machtwechsel auf der Geberseite bleiben eine Quelle der Unsicherheit. Als 2003 in den Niederlanden eine Mitte-Rechtsregierung ans Ruder kam, wurden zugesagte Budgethilfe-Auszahlungen während Monaten sistiert. Die Beschaffung der Finanzmittel über den Finanzmarkt kam den afrikanischen Staat teuer zu stehen, und der Internationale Währungsfonds (IWF) geisselte mit scharfen Worten die Unberechenbarkeit der Geber. Nicht zufällig steht die kurz- und mittelfristige Voraussagbarkeit der Budgethilfe zuoberst auf der Prioritätenliste der Partnerländer, um die Risiken ausbleibender Zahlungen zu verringern.

... und innerhalb des Partnerlandes

Die Sichtweise des Finanzministeriums deckt sich oft nicht mit der Wahrnehmung der Risiken der Budgethilfe durch **Sektorministerien** in den Partnerländern. Bei der Frage der Überführung der Sektor- in die Allgemeine Budgethilfe war die Hauptsorge des Gesundheitsdepartements in Ghana, den inhaltsreichen Dialog zwischen Regierung und Gebern weiterführen zu können, und die Gesundheitsfachleute keinesfalls durch ein Gremium von Ökonomen zu ersetzen. Allerdings stellen sich die Fachministerien der Herausforderung durch die allgemeine Budgethilfe oft nicht so konstruktiv. Sie würden vielmehr die bisherige Formel vorziehen, direkt mit den Gebern zu verhandeln, weil sie das Risiko, die gewünschten Gelder nicht zu erhalten, auf der Geberseite als kleiner einschätzen, als wenn sie sich mit dem eigenen Finanzministerium direkt herumschlagen müssen. Kurzfristig bequem, langfristig kontraproduktiv – die Geber müssen sich genau überlegen, zu was sie Hand bieten.

Allgemeine Budgethilfe will den Staat in seinen Kernfunktionen stärken und hat meist den Zentralstaat als Partner. Über das Finanzministerium und die anderen zentralen Ministerien hinaus sind jedoch andere Akteure ebenso entscheidend, ob die Millennium-

² Bulir/Hamann 2005, 7.

³ SPA 2005.

Entwicklungsziele erreicht werden. Den **Provinz- und Lokalregierungen, der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft** kommt in der Vision eines funktionierenden Staatswesens ein prominenter Platz zu. Parlament und Zivilgesellschaft haben eigene Prioritäten und müssen von der öffentlichen Hand Rechenschaft über ihr Tun und Lassen einfordern. In der Allgemeinen Budgethilfe ist das Risiko eingebaut, dass die dezentrale Ebene und insbesondere Parlament und Zivilgesellschaft als Gestaltungs- und Kontrollinstanzen aus dem Blickfeld geraten. Dem können und müssen Regierung und Geber durch gezieltes Gegensteuer vorbeugen. Zum Beispiel haben Mitglieder des Parlaments in Mozambique festgestellt, dass sie nicht zuletzt dank der Budgethilfe von der Regierung viel besser informiert worden sind. Transparenz und Legitimität sind wichtige Rahmenbedingungen, um dem Staat im Dienste seiner Bevölkerung eine Chance zu geben.

Wenn auf der Geberseite über Risiken nachgedacht wird, dann geht es allerdings in der Regel um ganz andere Themen – um die ausdrücklichen oder stillschweigenden Voraussetzungen der Zusammenarbeit, nämlich eine gute Regierungsführung und die Ausrichtung auf die Armutsbekämpfung. Dazu kommt das treuhänderische Risiko („fiduciary risk“ im Fach-Jargon), eingeschlossen die Korruption. Sie bedroht die elementare Grundlage der Zusammenarbeit: das gegenseitige Vertrauen. In jeder Regierung sitzen nicht nur Reformer, sondern auch Profiteure. Vertrauen ist gut, Kontrolle auch.

Keine Budgethilfe ohne „gute Regierungsführung“

Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat im weiten Sinne sind entweder stillschweigend oder ausdrücklich eine Voraussetzung der Budgethilfe. Die Förderung guter Regierungsführung zählt zu den strategischen Zielen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Für das SECO als Kompetenzzentrum wirtschaftlicher Zusammenarbeit sind der sorgsame Umgang mit den öffentlichen Finanzen und die Mobilisierung eigener Ressourcen der Partner wichtige Elemente der Gouvernanz. Im Falle von Kirgistan beabsichtigte das SECO in Koordination mit anderen Gebern, insbesondere der Weltbank, die Budgethilfe zugleich als Instrument zur Stärkung der Dezentralisierung auszugestalten. Die Regierung hatte seit einiger Zeit für einen Staat mit zentralistischer Tradition weit reichende Neuerungen mit Fenstern lokaler Autonomie vorangetrieben. Die zum Teil chaotischen und zumindest sehr labilen politischen Zustände nach dem Umsturz von 2005 haben jedoch dazu geführt, dass die weiteren Abklärungen zu einer Budgethilfe an Kirgistan bis auf weiteres sistiert worden sind. Die politische Unsicherheit hat trotz anfänglichen Fortschritten auch zu gravierenden Schwächen im Management der öffentlichen Finanzen geführt, wie eine unabhängige Überprüfung aufzeigte. Die Budgethilfe setzt kein Entwicklungs-Eldorado voraus, um fruchtbar zu sein. Aber in Abhängigkeit des lokalen Kontexts sind minimale Bedingungen erforderlich, damit Reformen im Dienste der Armutsbekämpfung eine echte Chance haben.

Armutsbekämpfung ja, aber wie?

Eine zweite Voraussetzung der Budgethilfe, neben der Gouvernanz, ist die Ausrichtung auf die Armutsbekämpfung. Mit der Armutsbekämpfungs-Strategie ist in der Regel eine Grundlage vorhanden. Doch deren Umsetzung in der Praxis, insbesondere über das Budget, kann schwierige Prioritäten nötig machen.

In Ghana belasteten **Ölsubventionen** 2004 die Staatsrechnung mit rund 250 Millionen Dollar, viel Geld, das man auch für das Gesundheitswesen oder anderswo hätte verwenden können. Ab Februar 2005 erhöhte die Regierung die Benzinpreise in mehreren Schritten um rund 50 Prozent auf Weltmarktniveau. Weil die breite Bevölkerung von der Verteuerung der Bustarife und Transportkosten auch betroffen war, gab es einige Demonstrationen. Allerdings belastet die Massnahme das Portemonnaie der Mittel- und Oberschichten am meisten. Ein Liter Benzin kostet Mitte 2006 nun etwas mehr als Fr. 1.20 (1 US\$). Das Ende der Ölsubventionierung durch eine Liberalisierung der Benzinimporte war ein Kernelement der Vereinbarungen Ghanas mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und bilateralen Partnern wie der Schweiz. Die Steuerzahlenden wollen, dass die Entwicklungszusammenarbeit den Armen zugute kommt. Im Hinblick auf „value for money“ macht es Sinn darauf hinzuwirken, dass die Budgethilfe nicht durch Benzinsubventionen aufgefressen wird, sondern für die Förderung der Landwirtschaft oder des Schulwesens zur Verfügung steht.

Dauerbrenner Korruption

Transparency International führt **Mozambique** beim Korruptionsindex auf Platz 97 von 159 Ländern auf (2005). In seiner Wahlkampagne hatte sich der neue Präsident Guebuza sich für den Kampf gegen die Korruption stark gemacht. Polizisten bessern sich ihr Gehalt mit fiktiven Bussen auf. Lehrerinnen und Lehrer kassieren Trinkgelder und Naturalien von Eltern. Löhne von Spitzenbeamten sind mit einigen hundert Franken lächerlich gering. Im Sommer 2005 veröffentlichte die neue Regierung einen Bericht zur Korruption im Land. Sie löste damit ein Versprechen an die Entwicklungshilfe-Geber, auch die Schweiz, ein. Allerdings steht für eine Durchschnittsfamilie Korruption nur auf Platz acht ihrer Probleme. Als wichtiger werden erachtet die Arbeitslosigkeit, die Lebenskosten, der Mangel an sauberem Trinkwasser, ungenügende Nahrungsmittel, fehlende Strassen, Verbrechen. Brisant: Bezüglich Korruption führt die Polizei die Rangliste der unehrlichsten Institutionen an. Durchgreifende Reformen der öffentlichen Dienste haben zu Recht höchste Priorität.

Die Risiken bestehen nicht nur in der Kleinkorruption des Alltags, mit der sowohl Budget- als auch Projekthilfe gleichermassen konfrontiert sind. Wichtiger ist es, wenn sich die Prioritäten verschieben und bewilligtes Budget und Staatsrechnung auseinander klaffen. Das kann auf Missbrauch oder Systemschwächen zurückzuführen sein. Als zwei grosse Geschäftsbanken in Mozambique 2001 zahlungsunfähig wurden, entschloss sich die Regierung, die Banken durch eine Finanzspritze von über 100 Millionen Franken zu retten – so wie der Bund bei der Wiedergeburt der SWISS mithalf. Die **Bankenkrise** war ein Resultat korrupter Machenschaften zulasten der Kleinsparer. Sie wurde noch überschattet durch den Mord an einem Journalisten, der an der Aufdeckung der Hintergründe arbeitete. Die Schweiz und andere Geberländer waren erst nach harten Verhandlungen mit der Rettungsaktion einverstanden. Mozambique sagte als Gegenleistung zu, die Bankenaufsicht in Zukunft nach internationalen Standards auszugestalten und weitere Reformen im Finanzsektor in Angriff zu nehmen.

Unterschätzte Politikrisiken

Zu den Millennium-Entwicklungszielen herrscht globaler Konsens. Die Wege zum Ziel sind jedoch vielfältig. Je nach dem historischen und politischen Kontext in einem Land werden

andere Prioritäten gesetzt. In der Politik gibt es **Pluralismus**, keine universellen Patentrezepte. So es gibt auch ein Politikrisiko – die Wirtschaftspolitik kann in die Irre führen, unerwartete Nebenwirkungen haben, undurchführbar sein. Erinnerungen an die Debatten der 1980er und 1990er Jahre um Strukturanpassung und deren soziale Flurschäden tauchen auf. Abseits der Korruptions-Debatte schmälern die Politikrisiken den Nutzen der Reformen für die Armen („value for money“). Die erste Generation von Armutsstrategien vernachlässigte den produktiven Privatsektor und priorisierte unter internationalem Druck öffentliche Dienstleistungen in Erziehung und Gesundheit – war das optimal für die Armutsbekämpfung? Wie dem auch sei, die Folgen von Politikfehlern tragen vor allem Regierung und Bevölkerung des Partnerlandes, nicht IWF/Weltbank oder die bilateralen Geber. Auch im Rahmen einer partnerschaftlichen Budgethilfe ohne aufoktroierte Bedingungen („Konditionalität“) bleibt der Einfluss der Geber auf die Wirtschaftspolitik eines Landes beträchtlich, weil das Machtungleichgewicht im Hintergrund fortbesteht. Regeln und Praxis, wie die Regierung über ihr Tun und Lassen Rechenschaft ablegt, sind zentral.

Sobald wir uns eine ähnliche Situation für die **Schweiz** vorstellen, wird die Bedeutung von Politik-Pluralismus und -Risiko evident: Ein Dutzend afrikanische Staaten entsenden Vertreter in die Schweiz. Zuvor haben Bundesrat und Parlament einen umfassenden Bericht über die Reformfortschritte im vergangenen Jahr verabschiedet. Die Experten aus Afrika diskutieren mit den schweizerischen Behörden z.B. im Detail die Sanierung der Bundesfinanzen, Schwachstellen der Bankenaufsicht, die galoppierenden Gesundheitskosten, den Ausbau von Schiene und Strasse, Finanz-Perspektiven der Sozialversicherungen und Pensionskassen, die Überlastung der Gerichte, die Sozialhilfe und die Asyl- und Migrationspolitik. Die ausländischen Gäste sind der Meinung, Steuerhinterziehung sei unter Strafe zu stellen und das Bankgeheimnis so internationalen Standards anzupassen. Das ist in unserer politischen Landschaft höchst umstritten, wie vieles andere auch. Dieses fiktive Beispiel illustriert, wie zentral die lokale Verankerung („Ownership“) der eingeschlagenen Wege ist, und wie sehr bei externen Interventionen Vorsicht angesagt ist.

Unter den sieben Partnerländern, welche die unabhängige OECD/DAC-Evaluation zur Budgethilfe unter die Lupe genommen hat, sticht **Vietnam** hervor. Die Geber unterstützen die Politik und Reformprogramme der Regierung, welche in wichtigen Teilen keineswegs der ökonomischen Orthodoxie entsprechen – z.B. bezüglich Privatisierung. Zudem sind die politischen Massnahmen nicht wie andernorts verhandelbar. Da die Regierung jedoch in der Armutsbekämpfung grosse Erfolge⁴ vorweisen kann, Vietnam einen interessanten Markt darstellt und seine Abhängigkeit von der externen Hilfe begrenzt⁵ ist, geht die Rechnung auf. Im „diffuseren“ Kontext vieler afrikanischer Länder gilt es, im Dialog eine heikle Balance zwischen Einfluss und Einvernehmen zu finden. Die Partnerregierung soll nicht nur formell, sondern auch faktisch die Verantwortung für die eingeschlagene Politik haben, weil die Risiken von Erfolg und Misserfolg ohnehin im Partnerland liegen.

Versteckte Verdrängungsrisiken

Die Geberseite hat jeweils relativ grosse personelle Ressourcen zur Verfügung, um Sachfragen zu analysieren, Vorschläge auszuarbeiten und Verhandlungen zu führen. So legitim das ist, so gefährlich kann es werden, wenn die externe Intervention dadurch die

⁴ Zwischen 1993 und 2002 fiel der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 53% auf 29%.

⁵ Die öffentliche Hilfe macht etwa 5 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus.

lokalen Kapazitäten konkurrenziert. Dieses Verdrängungsrisiko besteht z.B. gegenüber der Verwaltung: In Burkina Faso machten die Geber 2004 einen Vorschlag für ein neues Rahmenabkommen (MoU), den die Regierung ablehnte, weil sie es als ihre eigene Aufgabe ansah, die Führungsrolle in der Zusammenarbeit wahrzunehmen. Eine Verdrängungsgefahr besteht auch gegenüber der Zivilgesellschaft: Im Budgethilfe-Dialog mit der Regierung befinden sich die Geber in einer privilegierten Situation. Vorkehrungen sind wichtig, dass Parlament und Zivilgesellschaft nicht vor der Türe bleiben. Umgekehrt kann die Budgethilfe zum Anlass werden, deren Einflussnahme auf politische Entscheidungen zu stärken. Eine wichtige Möglichkeit ist z.B. die Förderung lokaler Denkfabriken, um wirtschaftspolitische Alternativen auf den Tisch zu bringen.

Auslandshilfe beinhaltet auch immer das Risiko, **lokale Finanzierungsquellen** zu verdrängen. Das wäre verheerend. Denn Steuern sind mehr als nur eine fiskalische Angelegenheit. Steuerzahlende fordern Gegenleistungen und Rechenschaft vom Staat über dessen Tätigkeit. Zugleich sind Eigeneinnahmen Voraussetzung nachhaltiger öffentlicher Finanzen. Die soeben abgeschlossene OECD/DAC-Evaluation hat keine Anhaltspunkte gefunden, dass die Budgethilfe die Steuererträge des Partnerlandes verdrängt hätte. Allerdings sollte der Anspruch der Budgethilfe weitergehen: Im Hinblick auf eine Exit-Strategie ist die Mobilisierung lokaler Staatseinnahmen aktiv zu fördern. So ist eine Steigerung der Steuererträge denn auch an einigen Orten Teil der Leistungsvereinbarung zwischen Regierung und Gebern.

Wo Risiken sind, sind auch Chancen

Entwicklungszusammenarbeit an sich bedeutet Risiken eingehen. In der Budgethilfe sind die meisten Risiko-Arten kaum höher zu gewichten als in der traditionellen bilateralen Zusammenarbeit, wo z.B. die „**Fungibilität**“ des Geldes in der Regel kein Thema ist. Die Steuern, welche ich in der Schweiz bezahle, würde ich gerne für soziale Aktivitäten statt für Rüstung einsetzen. Wir wissen, dass das eine Illusion ist – weshalb glauben wir dann an die Additionalität der traditionellen Projekthilfe, wenn die Schweiz z.B. gezielt Medikamente für den staatlichen Gesundheitsdienst finanziert? Das Wagnis ist in der Budgethilfe in der Regel jedoch transparenter, genährt durch verhältnismässig intime Kenntnisse der Bürokratie. Wachsende Einsicht in die Mechanik von Politik und Administration bedeutet jedoch noch lange nicht, dass auch die Risiken selber zunehmen.

Budgethilfe bietet Chancen, über ein massgeschneidertes Paket von Massnahmen wie Finanzierung, Politik-Dialog, Leistungsvereinbarungen und Ausbildung an den **Ursachen** der Risiken anzusetzen. Ein schwedischer Kenner der Verhältnisse zog eine positive Bilanz: „Mozambique hat sich in fünf Jahren von einem extremen Wagnis zu einem Hochrisikoland verbessert“. Diese realistische, aber nichtsdestoweniger vorsichtig-positive Einschätzung ist auf die Anstrengungen der Regierung und auf die Nutzung von Chancen der Budgethilfe zurückzuführen, wie zum Beispiel:

- Die Steigerung von Steuereinnahmen wird im Kriterien-Kranz (performance assessment framework, PAF) zur Messung des Reformfortschritts der Partnerschaft verankert;
- Mit der Stärkung von Parlament und Zivilgesellschaft entstehen Impulse zu einer besseren Rechenschaftsablage („accountability“) der Regierung;
- Die Förderung von Forschungskapazitäten für Analysen und Optionen Wirtschaftspolitik im Finanzministerium und ausserhalb der Verwaltung verringert das Politikrisiko;

- Die Verbesserung der öffentlichen Finanzen, des Beschaffungswesens und der Staatsanstellungen setzt bei den Ursachen der Korruption an.

Die **Hebelwirkung** ist charakteristisch für die Programm- oder Budgethilfe. Höhere Löhne, transparente Nebenleistungen, weniger Beamte, dafür eine produktive Verwaltung – das sind die Ziele oft überfälliger Verwaltungsreformen. Allerdings schaffen Reformen wie eine Reduktion der Anstellungen auch Verlierer und damit Widerstand. Sogar wenn schon längst verstorbene Beamte auf der Gehaltsliste stehen, die Auszahlung des Lohnes erfolgt allemal im Diesseits. Es geht bei der Budgethilfe nicht nur darum sicherzustellen, dass keine Hilfsgelder zweckfremdet werden. Ihre Chance liegt vielmehr darin, dass die öffentlichen Finanzen insgesamt mit Umsicht verwaltet werden und so das Korruptionsrisiko mittelfristig reduziert wird.

Literatur

ActionAid/Care, Where to now? Implications of changing relations between DFID, recipient governments and NGOs in Malawi, Tanzania and Uganda, Discussion Copy, London June 22, 2006

Bartholomew Ann/Leurs Robert/McCarty Adam, Evaluation of General Budget Support: Vietnam Country Report, Birmingham 2006,
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/11/36685937.pdf>

Bulir Ales/Hamann Javier A., Volatility of Development Aid. From the Frying Pan into the Fire? Paper presented in Maputo 2005,
www.imf.org/external/np/seminars/eng/2005/famm/pdf/hamann.pdf

EC Budget Support: An Innovative Approach to Conditionality, Brussels 2005,
http://spa.synisis.com/resources/2005/EC_GBS_VT_Review.pdf

ECDPM, EC Budget Support: Thumbs up or down? Discussion paper 63 by Volker Hauck, Oliver Hasse, Martin Koppensteiner,
http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Navigation.nsf/index2?readform&http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Content.nsf/vwDocID/FC48E9C6117B9921C1256FD9002A2D09?OpenDocument

EURODAD, Open NGO Letter on Budget Support Aid, Brussels 22 May 2006,
<http://www.eurodad.org/articles/default.aspx?id=706>

Gerster Richard, Mozambique: "Wir wollen nicht ständig betteln gehen!", in: Neue Wege, 3/2005, http://www.gersterconsulting.ch/docs/Mozambique_Budgethilfe.pdf

IDD and Associates, Evaluation of General Budget Support: Synthesis Report, OECD/DAC, Birmingham 2006, <http://www.oecd.org/dataoecd/42/38/36685401.pdf>

Lister Stephen, Risks and Risk Management in GBS, Presentation Paris, 10.05.06,
http://www.oecd.org/document/51/0,2340,en_21571361_34047972_36556979_1_1_1,00.html

SPA, Survey of the Alignment of Budget Support and Balance of Payments Support with National PRS Processes 2005,
http://spa.synisys.com/resources/2005/BSWG_2004_survey_Main%20Reportfinal.pdf